

für seine Worte zu tun hatte. Aber die Diskussion steht noch bevor. Wir haben uns dem Thema noch auf andere Weise anzunähern, und dafür wird uns Herr Dr. Foschepoth zunächst noch zur Verfügung stehen. Vielen Dank. Herr Dr. Foschepoth, Sie haben das Wort.

Dr. Josef Foschepoth: Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren! Ich bin gerade noch einmal eindringlich gebeten worden, mich an die Zeit zu halten. Ich will es tun. Deshalb muß ich ein bißchen pointiert formulieren. Das ist sicherlich auch für die Diskussion hinterher sehr belebend.

Ich bin ja nun nicht bekannt als politischer Denkmalschützer Konrad Adenauers und als solcher bin ich ja auch hier nicht eingeladen worden. Deshalb können Sie jetzt sicherlich eine etwas andere Perspektive von mir erwarten. Wir haben in den letzten Jahren häufig eine sehr populäre These gehört in der Bundesrepublik, die lautete: „Was Adenauer wollte, hat Kohl verwirklicht.“ Herr Kollege Faulenbach ist eben ja auch schon kurz darauf eingegangen. Es geht im Grunde darum, eine Kontinuität herzustellen, die natürlich nicht ihres politischen Hintergrundes entbehrt. Nicht nur Kohl, sondern natürlich auch Adenauer gewinnen auf diese Weise noch an Größe, wenn etwa Rudolf Morsey schreibt: „Es dürfte wenige Staatsmänner, und nicht nur solche vergleichbarer geschlagener Nationen und Völker geben, deren konkrete Visionen noch innerhalb einer Generationsspanne politische Wirklichkeit geworden sind.“ Vergleichbare Äußerungen gibt es von Hans-Peter Schwarz, der im Nachwort seiner Biographie betont hat, daß das politische Kalkül Konrad Adenauers von 1952 1989 aufgegangen sei. Klaus Gotto, um einen Dritten zu zitieren, titelt etwa „Realist und Visionär“.

Die Attribute sind also sehr schnell gefunden, um den ersten Kanzler der Bundesrepublik Deutschland doch ein bißchen zu sehr zu überhöhen, so daß die Intention klar wird, ihn jeglicher Kritik, insbesondere was die Haltung in der Deutschlandfrage anbetrifft, von vorneherein zu entheben. Ich möchte einer solchen Tendenz deutlich widersprechen und möchte fragen: Welche Rolle hat die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands tatsächlich in der Politik Adenauers gespielt? War sie ein operatives Ziel oder lediglich deklamatorisches Beiwerk seiner Politik? Wurden mögliche Handlungsspielräume genutzt, um dem „sehnlichsten Wunsch aller Deutschen“ ein Stück näher zu kommen? Hätten, auch diese Frage müssen wir uns ja heute um so eindringlicher stellen, hätten möglicherweise 40 Jahre deutscher Teilung vermieden oder zumindest verkürzt werden können, wenn in den 50er Jahren eine andere Politik betrieben worden wäre? Was waren also die Intentionen und Ziele, die Voraussetzungen und Realisierungsmöglichkeiten, die Erfolge und die Kosten der Adenauerschen Politik in Sachen Wiedervereinigung Deutschlands?

Ich sehe auch wie Herr Möller, daß Adenauer ein sehr dichotomisches Weltbild gehabt hat, eine Perzeption der weltpolitischen Lage nach dem

2. Weltkrieg, die auffallend früh von dem Gedanken der Teilung der Welt in zwei feindliche Lager gekennzeichnet war. Diese Position Adenauers war keineswegs mehrheitsfähig. Er ist ja nicht von ungefähr erst 1949 gewissermaßen mehrheitsfähig gewesen. Seine politische Bedeutung liegt noch nicht in den Jahren 1945–1947/Anfang 1948. Da waren vielmehr andere Konzeptionen sehr viel interessanter und auch sicherlich damals mehrheitsfähiger, etwa die Konzeption eines „dritten Weges“ oder ähnliches. Für ihn ist aber sehr wichtig, daß er von vornherein sehr klar und eindeutig von dieser Dichotomie ausgegangen ist und sich in seinen Briefen, etwa des Jahres 1945, schon Äußerungen finden wie „der nicht von Rußland besetzte Teil Deutschlands“, die deutlich machen, daß er von einer Zweiteilung Deutschlands ausging.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, daß es sehr frühzeitig auch schon einen bestimmten Konsens im Westen gegeben hat. „Wiedervereinigung ist gefährlich für uns alle“, resümierte ihn 1953 ein hochrangiger Staatssekretär im britischen Auswärtigen Amt. Der Hintergrund ist klar. Schon während des 2. Weltkrieges hat man sich darüber verständigt, wie man Deutschland nach dem Krieg behandeln wolle. Es kam in der European Advisory Commission zu entsprechenden Absprachen, die eine Einteilung in drei Zonen vorsah, später in vier Zonen. Diese Konzeptionen haben jeweils unterschiedliche Zielsetzungen gehabt. Die erste Zielsetzung war die, vor allem dafür zu sorgen, daß sich die Russen und auch die Amerikaner nach dem Krieg nicht tatenlos wieder abwenden würden vom Kontinent, sondern bei den Aufräumarbeiten in Deutschland präsent sein würden. Später wandelte sich diese Konzeption dahingehend, daß man darin einen Schutzschirm sah, der die Sowjets auf jeden Fall daran hindern sollte, bis an den Rhein vorzudringen. Schließlich gewann diese Konzeption in den Jahren 1947 immer stärker die Bedeutung, die Einflußsphäre des Westens so weit zu sichern, daß man sagen konnte, wenigstens ein Teil, der größte und wichtigste Teil Deutschlands sei im Einflußgebiet des Westens. In diesem Zusammenhang spielt die Potsdamer Konferenz eine große Rolle. Dazu nur soviel: Der reparationspolitische Beschluß, der getroffen wurde, lief de facto auf eine Aufteilung Deutschlands, man muß schon sagen: Restdeutschlands hinaus, denn die Oder-Neiße-Gebiete spielten bei den Potsdamer Überlegungen schon keine Rolle mehr. Am 26. März 1946 definierte der Alliierte Kontrollrat: Deutschland besteht aus den gegenwärtigen deutschen Gebieten zwischen Oder-Neiße-Linie und den gegenwärtigen Westgrenzen. Es war also immer die Rede von diesem, wenn Sie so wollen, „Rumpfdeutschland“. Die Ostgebiete spielten auch im Denken der Westmächte keine Rolle. Wir können das in der Diskussion hinterher noch etwas ausführlicher begründen.

Die Prozesse, die dann abliefen, sind weitgehend bekannt. Sie führten schließlich zur Staatengründung 1949 und zur Integration 1955 beider Staaten in die jeweiligen Blöcke. Fazit und ich zitiere einmal dieses eben schon

angeschnittene Dokument des britischen Staatsministers Lloyd vom 22. Juni 1953 an Premierminister Churchill: „Deutschland ist der Schlüssel zum Frieden in Europa. Ein geteiltes Europa bedeutet ein geteiltes Deutschland. Deutschland wiederzuvereinigen, solange Europa geteilt ist, ist – selbst wenn dies machbar wäre – gefährvoll für uns alle. Deshalb fühlen alle“, und jetzt beachten Sie bitte die Reihenfolge „fühlen alle – Dr. Adenauer, die Russen, die Amerikaner, die Franzosen und wir selbst – im Grunde ihres Herzens, daß ein geteiltes Deutschland zur Zeit die sicherere Lösung ist. Aber keiner von uns wagt, dies wegen seiner Auswirkungen auf die öffentliche Meinung in Deutschland auch offen zuzugeben. Deshalb unterstützen wir alle öffentlich ein vereintes Deutschland, jeder allerdings aufgrund seiner eigenen Bedingungen.“ Eine klassische Beschreibung, glaube ich, der westlichen Position. Bewahrung und Sicherung des Status quo, mithin der Teilung Deutschlands, waren also die eine, das Bekenntnis zur Wiedervereinigung und die Kultivierung einer Einheitsrhetorik die andere Seite.

Ich komme zu einem dritten Punkt: Westintegration statt Wiedervereinigung, das Konzept, wie ich es bei Adenauer feststellen zu können glaube. Der Erfolg der Adenauerschen Politik lag, und das ist zum Teil hier heute morgen schon gesagt worden, einerseits in seiner Kompromißfähigkeit. Aber diese Kompromißfähigkeit, seine Flexibilität orientierte sich ausschließlich nach Westen. Nach Osten sah es genau andersherum aus. Da stand Kompromißlosigkeit, eben Unflexibilität und auch mangelnde Kreativität im Vordergrund, ganz im Unterschied zu seiner Westpolitik. Ich will hier auf die Kontroverse der Stalin-Note gar nicht näher eingehen, wir können das vielleicht in der Diskussion noch machen. Für mich ist es nur in diesem Zusammenhang besonders wichtig zu betonen, daß die Reaktion Adenauers auf das Angebot aus Moskau ganz entscheidend für seine Stellung gegenüber den Westmächten hinterher gewesen ist. Von nun an war klar: Auf diesen Mann ist Verlaß, der wird keine nationalen Sperenzchen begehen, sondern wird eine feste Position weiterhin behalten und damit auch die Politik des Westens klar nach innen in Deutschland, insbesondere der Bundesrepublik Deutschland, vertreten. Wer von dieser Offensive profitiert hat, war, glaube ich, vor allem Adenauer. Seine innen- und außenpolitische Position wurde entscheidend gestärkt. Für ihn gab es also in Zukunft keine weitere Alternative als die Westoption. „In der harten Welt der Tatsachen“, schrieb er noch in seinen Memoiren, „gab es für die Bundesrepublik eben nur zwei Wege: Ein Zusammengehen mit dem Westen oder ein Zusammengehen mit den Sowjets. Alles was dazwischen lag, war nicht Politik, sondern Illusion.“

Eine solche Politik war natürlich äußerst gefährlich und problematisch unter innenpolitischen Gesichtspunkten, wenn sie nicht Gefahr laufen wollte, des nationalen Verrats bezichtigt zu werden. Also war es ein Gebot des politischen Überlebens Adenauers gewissermaßen, sie national entsprechend zu legiti-

mieren. Die Formel, die dafür entwickelt wurde, lautete „Wiedervereinigung durch Westintegration“. Hier wurde gewissermaßen auf einen Nenner gebracht, was Adenauer wollte, und klar und deutlich wurde die Priorität benannt. Die Westintegration war das Ziel. Alles übrige, auch was die Wiedervereinigung anbetraf, war dann nur noch eine Frage des Hoffens und des Wollens, nicht eine Frage operativer Politik. Der erste Schritt war entscheidend, der nach Westen, der zweite Schritt war etwas, was sich seinem tatsächlichen Vorstellungsvermögen weitgehend entzog. Ich will Ihnen dafür ein paar Beispiele nennen. 1955 sagte er Erich Ollenhauer, was die Frage der Grenze von 1937 anbetrifft: „Oder-Neiße, Ostgebiete usw. die sind weg! Die gibt es nicht mehr! Wer das mal aushandeln muß, na ich werde es nicht mehr sein.“ Ähnlich nüchtern hat er auch schon in der zweiten Hälfte der 50er Jahre die Möglichkeit einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten, also ohne die Ostgebiete, benannt. „Kann einer glauben“, heißt es bei ihm, „daß Sowjetrußland jemals, ohne dazu genötigt zu sein, die Ostzone wieder freigeben wird? Ich glaube es nicht.“ Und 1959 stellte er vor dem Fraktionsvorstand der CDU/CSU ernüchert fest: „Wenn wir, meine Damen und Herren, den Status quo für Berlin und die Zone behalten, haben wir für heute so gut wie alles erreicht. Wiedervereinigung – wer weiß wann!“ Adenauer ging es also um die Bewahrung und Sicherung der Bundesrepublik Deutschland und nichts mehr. Dieses wird insbesondere deutlich im Jahre 1955, als in der Tat eine starke Gefährdung seiner Politik drohte, nämlich als Zeichen der Entspannung am Horizont auftauchten.

Ich denke, es ist gefährlich, Adenauer jetzt zu einem Entspannungspolitiker zu küren. Das wäre zuviel des Guten. Vor allem müßte man dann zunächst einmal klären, was Adenauer unter Entspannung verstand und was wir gemeinhin, etwa im Sprachgebrauch der 70er und 80er Jahre, unter Entspannung zu verstehen uns angewöhnt haben. Adenauer verstand unter Entspannung den Zustand, der dann entstehen würde, wenn die Sowjets einmal zurückgedrängt seien. Entspannung konnte es niemals als Mittel der Politik geben. Vielmehr war nur durch eine Politik der Stärke ein Zustand der Entspannung zu erreichen, wenn also die Sowjets erst einmal dahin zurückgedrängt wären, wo sie hingehörten. Als der Geist von Genf im Jahre 1955 die Runde machte, fühlte sich Adenauer bemüßigt, den westlichen Regierungen gewissermaßen einmal klaren Wein einzuschenken, was er denn nun tatsächlich von einer Wiedervereinigung Deutschlands halte. Sie wissen, daß ich jahrelang in britischen Archiven gearbeitet habe; die Perspektive aus den britischen Akten ist sehr hilfreich zur Ergänzung auch der deutschen Perspektive, weil hier sehr viel mehr auch über die Motivation, nicht nur der westlichen Regierungen, zu erfahren ist, sondern vor allem auch über die Motivation der deutschen Politik. Denn man mußte ja spätestens bis zum Jahre 1955 jeweils den ausländischen Siegermächten erklären, warum man sich so und nicht anders verhielt. Da findet sich also noch ein ganz berühmtes Dokument, vom 15. Dezember 1955,

das ich hier doch noch einmal ganz kurz zitieren möchte. Es ging damals darum, daß sich im Westen eine neue Option abzeichnete, nämlich unter der Perspektive, einen Sicherheitsvertrag mit den Sowjets abzuschließen, auf den diese schon sehr drängten – das ist die Vorgeschichte der KSZE –, auch die deutsche Frage wieder zum Verhandlungsgegenstand zu machen. Diese Verbindung, Sicherheitsvertrag und Verhandlungen über die deutsche Frage, war nun das Paket, das die Briten und auch die Amerikaner schnüren wollten, um Bewegung in die Sache zu bringen. Hier hat Adenauer klipp und klar gesagt, was er davon hielt, nämlich nichts. Am 15. Dezember 1955 schickte er den westdeutschen Botschafter in London, Herwarth von Bittenfeld, nach London, um dem Permanent Under-Secretary of State, also dem zweithöchsten Mann im dortigen Auswärtigen Amt, klaren Wein einzuschenken. Adenauer ließ mitteilen, daß, selbst wenn bei Abschluß eines Sicherheitsvertrages mit der Sowjetunion eine Wiedervereinigung möglich – und jetzt kommt es – und die Abhaltung freier Wahlen sowie die völlige Handlungsfreiheit einer gesamtdeutschen Regierung nach innen und außen gesichert sei, also auch die Möglichkeit eines NATO- Beitritts, somit sämtliche Voraussetzungen, die der Westen seit Jahren als Vorbedingung für eine Wiederherstellung der Einheit Deutschlands gefordert hatte, erfüllt wären, er, Konrad Adenauer, gegen eine Wiedervereinigung Deutschlands sei. Das Dokument können Sie dann im Original einsehen. Der entscheidende Grund sei, so heißt es hier in diesem Dokument, das ich 1986 zum ersten Mal im Londoner Public Record Office entdeckt habe, daß Dr. Adenauer kein Vertrauen in das deutsche Volk habe. „He has no confidence in the German people“, heißt es im Original. Er sei also äußerst besorgt, daß sich eine künftige deutsche Regierung, wenn er von der politischen Bühne abgetreten sei, zu Lasten Deutschlands mit Rußland verständigen könnte. Folglich sei er der Meinung, daß die Integration Westdeutschlands in den Westen wichtiger als die Wiedervereinigung Deutschlands sei. Wir sollten wissen, daß er in der ihm noch verbleibenden Zeit alle Energien darauf verwenden werde, dieses zu erreichen. Er hoffe, daß wir alles in unserer Macht Stehende tun würden, ihn bei dieser Aufgabe, nicht bei der Wiedervereinigung, zu unterstützen. Der Kanzler legte großen Wert darauf, daß die Briten seine entschiedene Haltung in dieser Frage kannten, gab jedoch dann zu bedenken, was dann auch in diesem Dokument steht, daß es natürlich „katastrophale Folgen für seine politische Position haben würde, wenn seine Ansichten, die er mir in solcher Offenheit mitgeteilt habe, jemals in Deutschland bekannt würden“. An der Reaktion im Jahre 1986 kann ich diesen Satz nur bestätigen.

Selbst wenn also die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf der Basis westlicher Prinzipien möglich gewesen wäre, war Adenauer dagegen. Der Grund: Zehn Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges fehlte es dem alten, von zahlreichen geschichtlichen Umbrüchen geprägten Mann vor allem an dem

notwendigen Vertrauen in das eigene Volk, erneut eine unabhängige Position in der Mitte Europas wahrnehmen zu können, ohne dabei den Fehlern der Vergangenheit erneut zu verfallen. So gesehen war also Adenauers Westpolitik und der damit verbundene Verzicht auf eine Wiederherstellung der Einheit Deutschlands offensichtlich das wirksamste Mittel und vielleicht das einzige, Deutschland vor sich selbst zu schützen, wie es schon damals der belgische Außenminister Paul-Henri Spaak gemeint hatte.

Welche Funktion hat denn nun dieses Reden von Wiedervereinigung gehabt? Ich teile nicht ganz die Auffassung, als sei gewissermaßen der internationale Rahmen so vorgegeben gewesen, daß es dazwischen keine Handlungsspielräume mehr gegeben hätte. Man muß bedenken, die Deutschen waren nicht nur Opfer des Kalten Krieges, sie waren auch Akteure des Kalten Krieges, und sie haben – aus einer bestimmten Interessenlage heraus – kräftig an der Aufrechterhaltung der Frontstellung zwischen Ost und West mitgearbeitet. Entscheidend war es in der Tat, um auf diese Weise die Rückkehr zur Souveränität des westdeutschen Teilstaates zu ermöglichen unter Hintansetzung natürlich der Ziele einer Wiedervereinigung Deutschlands. Die Wiedervereinigungsfrage war also für Adenauer weniger eine außen- als eine innenpolitische Frage, eine Frage der inneren Absicherung und Durchsetzung des westlichen Teilstaates Bundesrepublik. Das Offenhalten der deutschen Frage und die permanente Forderung nach Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, ohne praktisch etwas dafür zu tun, war somit die Integrationsideologie der Bundesrepublik Deutschland auf dem Weg zu sich selbst.

Zum Abschluß möchte ich kurz resümieren: Leistungen und Kosten der Adenauerschen Politik. Es gibt viele, die in unserem Land zur Zeit nicht müde werden immer wieder zu betonen, daß es keinen Beweis gebe, daß Adenauer die Wiedervereinigung nicht gewollt habe. „Er hat daran geglaubt“, schreibt Hans-Peter Schwarz. Nun werden Politiker ja nicht nach ihrem Glauben beurteilt, sondern an ihren Taten gemessen, und es mag sein, daß Adenauer an eine Wiederherstellung der Einheit Deutschlands geglaubt hat. Doch, um in diesem Bild zu bleiben, ein praktizierender Gläubiger in Sachen Wiedervereinigung war er jedenfalls nicht. Die These, wonach Adenauer die Einheit Deutschlands nur zu gerne wieder hergestellt hätte, wenn die internationale Lage dies erlaubt hätte, greift zu kurz. Die Option für den Westen erfolgte zu einer Zeit, als gesamtdeutsche Lösungen noch keineswegs vollends ausgeschlossen waren. Adenauers entschlossener Kampf gegen jedes gesamtdeutsche Arrangement erweiterte und verengte zugleich seinen außen- und deutschlandpolitischen Handlungsspielraum. Adenauer und die ihn tragende Mehrheit der Westdeutschen insgesamt waren eben nicht nur Opfer, sondern Akteure des Kalten Krieges, die Zug um Zug die Spaltung Deutschlands vertieften. Adenauers oberstes Ziel, die rasche Rückkehr zu Souveränität, war nur auf der Basis eines demokratisch verfassten, fest in

die westliche Hemisphäre verankerten westdeutschen Staates möglich. Seine große Leistung besteht darin, einen neuen, nach außen verlässlichen, nach innen stabilen und wirtschaftlich erfolgreichen Staat aufgebaut zu haben, der trotz der großen inneren und äußeren Belastungen mehr als vier Jahrzehnte überdauert hat, allerdings um den Preis einer ebenso langen Teilung Deutschlands. Die Ambivalenz der Adenauerschen Politik wird unter dem Eindruck der Vereinigung der beiden deutschen Staaten besonders deutlich. Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten ist nicht wegen, sondern ich möchte fast sagen, trotz der Adenauerschen Politik erfolgt. Nicht die Politik der Entspannung, sondern die Politik der Stärke hat die Etablierung und Festigung des sogenannten Ostblocks auf Jahrzehnte gefördert. Gerade aus der Perspektive der seit 1990 erfolgten Osterweiterung der Bundesrepublik stellt sich manche Frage neu und mit um so größerer Dringlichkeit für das Zusammenwachsen der Menschen in allen Teilen Deutschlands. Inwieweit hat also die Adenauersche Politik und mit ihr die des Westens eine frühere Liberalisierung des Ostens verhindert? Hätte eine flexiblere Politik des Westens die kommunistische Herrschaft nicht viel eher in Bedrängnis gebracht? Hätten, mit anderen Worten, vierzig Jahre deutscher Teilung möglicherweise verhindert oder zumindest verkürzt werden können? Schließlich: Waren die Deutschen respektive die Westdeutschen jemals bereit, einen Preis für die Wiederherstellung der Einheit ihres durch eigenes Verschulden geteilten Landes zu zahlen?

In den 50er und 60er Jahren wurde die Brisanz dieser Fragen durch die fehlende Einsicht in das eigene Verschulden, die Pflege neuer Feindbilder und die Kultivierung nationaler Einheitsrhetorik überdeckt. Heute, nachdem uns die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands – man könnte fast sagen – beim Ausverkauf des sowjetischen Imperiums in den Schoß gefallen ist, reicht die nationale Rhetorik nicht mehr aus. Sie hat uns inzwischen eingeholt. Operative und rhetorische Deutschlandpolitik sind erstmals miteinander in Einklang zu bringen. Nun müssen wir den Preis, nicht nur für die Ursachen, sondern auch für die Folgen der Teilung Deutschlands zahlen, ob wir wollen oder nicht. Ob er höher ausfällt, als er in den 50er Jahren ausgefallen wäre, muß dahingestellt bleiben. (Beifall)

Amtierender Vorsitzender Dirk Hansen: Vielen Dank Herr Dr. Foschepoth. Das Interesse, will ich mal zurückhaltend sagen, steigt zunehmend, hörbar, aber ich bitte Sie, sich doch noch einen Augenblick zu gedulden, denn wir wollen das Quartett komplettieren. Herr Dr. Wettig wird noch eine Spezialfrage behandeln, die ja heute morgen anstehende Thematik der Stalin-Note. Lassen Sie mich noch eine Bemerkung machen. Sie sehen hier einen ständigen Wechsel des Vorsitzes. Nehmen Sie es als Indiz dafür, daß die FDP die Kontinuität gewissermaßen belegt. Gerade in dem Themenkreis des heutigen Vormittags ist das ja vielleicht nicht ganz unwichtig.

Priv. Doz. Dr. Gerhard Wettig: Herr Vorsitzender, meine Damen und